

DGB GEGEN RECHTE ARGUMENTE



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der DGB engagiert sich für Demokratie, für Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und Weltoffenheit! Wir treten gemeinsam ein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Europa. Unser Motto lautet: »Wir sind viele, wir sind eins!« und das ist unsere Kampfansage an die Feinde unserer Demokratie:

Die Rechtspopulisten werden unsere Gesellschaft nicht spalten! Nicht mit ihrer Deutschtümelei. Nicht mit ihren Hasstiraden auf Flüchtlinge, auf Medien und den Islam.

Sie werden es auch nicht tun mit ihrem Schüren von Rassismus, Angst und Gewalt gegen alle, die aus ihrer Sicht »anders« sind.

»Wir sind viele, wir sind eins!« – der DGB steht für Vielfalt in Einheit. Das ist es, was unsere Gesellschaft zusammenhält. Wir leben in einem offenen Einwanderungsland, in dem alle die gleichen Chancen, Rechte und Pflichten haben. In dem es sozial gerecht für alle Menschen zugehen muss. Wir streiten für eine bunte Republik Deutschland und wir treten für einen Rechtsstaat ein, in dem für alle die gleichen demokratischen Spielregeln gelten. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Geflüchtete handelt, die gerade erst bei uns angekommen sind oder Menschen, die schon länger in Deutschland leben oder hier geboren sind.

Und das ist das Gegenteil von völkisch-national.

Das ist das Gegenteil dessen, was uns die Rechtspopulisten als Alternative für Deutschland verkaufen wollen. Solidarität, das ist die wahre Alternative für das soziale Deutschland. Wir Gewerkschaften werden deshalb in den kommenden Wahlkämpfen klare Kante zeigen! Die AfD (zum Beispiel), ist nicht die Partei der kleinen Leute, als die sie sich so gerne darstellt. Ihr Programm ist unsozial und neoliberal geprägt, es bleibt in wichtigen Punkten oft schwammig und immer schwingen Rassismus und Nationalismus mit. Als Gewerkschafter/innen sind wir davon überzeugt, dass diese Partei für uns nicht wählbar ist. Aufklären, statt polemisieren ist dabei unser Leitmotiv



Bernhard Löffler,
DGB-Regionsgeschäftsführer Nordwürttemberg

A poster with a blue background. At the top, the text reads "Genug Luft für alle - Kein Raum für Ausgrenzung." Below the text, there is a group of goldfish swimming in a circle, with one black fish in the center. The poster includes logos for DGB Baden-Württemberg and Johann Jakob Widmann Schule Heilbronn at the bottom.

Genug Luft
für alle -
Kein Raum für Ausgrenzung.

1 EINLEITUNG

Warum gibt der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Broschüre gegen rechte Argumente heraus? Überall in Europa sind rechte und rechtsradikale Parteien auf dem Vormarsch. In Ungarn und Polen sind sie Regierungsparteien, in anderen europäischen Staaten standen sie kurz davor, wie der Front National in Frankreich. In Großbritannien repräsentiert die Brexit-Partei UKIP den Mehrheitswillen und in Deutschland erreicht die AfD in Landtagswahlen zwischen 5 und 20 Prozent der Wahlstimmen. Die Programmpunkte dieser Parteien sind dem informierten Zeitgenossen gar nicht unbekannt: Sie sind für das Volk, das einfache und anständige, für die Kernkraft und die Familie, gegen Gender-Mainstreaming, gegen Brüssel und den Euro, gegen Amerika und für Putin. Vor allem aber – und damit gewinnen sie die Wahlen nicht nur in Deutschland und Sympathisanten auch unter Gewerkschaftsmitgliedern: Sie sind gegen Geflüchtete, gegen Ausländer, gegen den Islam, für Leitkultur und Volksgemeinschaft.

Uwe Laubach, der erste Bevollmächtigte der IG Metall in Eisenach drückte es vor kurzem so aus: »Wir haben es in unserer Organisation in nennenswertem Umfang mit AfD-Anhängern und Leuten mit ähnlichen Positionen zu tun. Nun stehen wir vor der Frage: Was machen wir mit denen?«¹ Auf diese Frage will diese Broschüre eine Antwort geben.

1.) Der DGB und mit ihm seine Einzelgewerkschaften sind überparteilich. Es geht daher nicht darum, Wahlwerbung für eine oder mehrere Parteien zu machen. In der Satzung des Gewerkschaftsbundes ist nachzulesen, dass dieser, sowie die in ihm vereinigten Gewerkschaften »unabhängig von Regierungen, Parteien, Religionsgemeinschaften, Verwaltungen und den Arbeitgebern«² sind. Das ist aber nicht damit zu verwechseln, dass der DGB unpolitisch sei. Der Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften vertreten vielmehr »die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen sozialen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitnehmer«³. Aus dieser Perspektive der parteipolitisch ungebundenen politischen Organisation sind auch die folgenden Argumente gegen Rechts zu verstehen. Die vorliegende Broschüre will den Nachweis führen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich selbst schaden, wenn sie rechte bzw. rechtsradikale Positionen vertreten. In dieser kurzen Broschüre sind zur Illustration Positionen aus dem AfD Wahlprogramm(entwurf) verwendet. Der Leserin und dem Leser steht es allerdings offen zu prüfen, ob sich diese oder ähnliche Gedanken nicht auch an anderer Stelle zu finden sind.

2.) In diesem Sinne unterscheidet sich die vorliegende Broschüre des DGB auch von der einen oder anderen Veröffentlichung zum Thema. Im Mittelpunkt sollen auch hier die Interessen und Probleme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stehen sowie die Angebote der Rechten an ihre Interessen. Diese sollen einer Prüfung unterzogen werden. Das Ergebnis ist im Titel der Broschüre vorweggenommen: Wir halten den Nationalismus (nicht nur) der Rechten für einen Fehler für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und wollen in dieser Broschüre zeigen, warum.

3.) Der Aufbau der Broschüre ergibt sich aus ihrem Zweck. Im ersten Kapitel »Warum überhaupt argumentieren« wird auf die Notwendigkeit einer Kritik der rechten Positionen verwiesen und einige Zweifel an der Nützlichkeit von Argumenten gegen Rechts zitiert – und hoffentlich ausgeräumt. Das zweite Kapitel arbeitet sich dann an einigen rechten Parolen ab und soll eine Hilfestellung sein, was eigentlich der Fehler der rechten Stellung zur Welt ist. Das dritte Kapitel ist nicht ganz einfach, aber umso notwendiger: Es stellt dar, wie rechte Kritik funktioniert – und was ihre Fehler sind. Nach dem Fazit gibt es dann noch einen kurzen Verweis auf weiterführende Literatur.

4.) Herzlichen Dank für die Druckgenehmigung der Bilder an die Johann-Jakob-Widmann Schule in Heilbronn, deren Schülerinnen und Schüler im 2. Lehrjahr zum Mediengestalter im Jahr 2015 diese kreierten. Die Motive werden vom DGB in Zusammenarbeit mit der Schule auch als Wanderausstellung präsentiert.

Infos zur Wanderausstellung, (die kostenlos gemietet werden kann) gibt es unter

silke.ortwein@dgb.de


¹ https://www.boeckler.de/63712_63734.htm

² [§2, Absatz 1b]

³ [§2 Absatz 2a]

VORURTEILE

**ALLE AUSLÄNDER SIND
TERRORISTEN?**

Technisches Schulzentrum Heilbronn
Johann Jakob Widmann Schule 
Junge Menschen stärken und Perspektiven eröffnen

 DGB
Baden-Württemberg

commons.wikimedia.org | Henry Mincer | Daniel Riccardo 2011.jpg und David Shankbone | Aziz Anwar 2012 Shankbone.jpg | www.flickr.com | Daniel Zedda | Selbstporträt | <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>

VORURTEILE

**ALLE DEUTSCHEN SIND
FASCHISTEN?**

Technisches Schulzentrum Heilbronn
Johann Jakob Widmann Schule 
Junge Menschen stärken und Perspektiven eröffnen

 DGB
Baden-Württemberg

commons.wikimedia.org | Henry Mincer | Daniel Riccardo 2011.jpg und David Shankbone | Aziz Anwar 2012 Shankbone.jpg | www.flickr.com | Daniel Zedda | Selbstporträt | <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>

INHALT

1. EINLEITUNG

2. WARUM ÜBERHAUPT ARGUMENTIEREN?

- a.) Wer mit den Rechten diskutiert, legitimiert sie
- b.) Rechte haben keine Argumente,
also kann mit ihnen nicht diskutiert werden

3. RECHTE ARGUMENTE UND IHRE KRITIK

Die rechte Parole: »Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg«

Die rechte Parole: »Flüchtlinge verschärfen die Konkurrenz
um Wohnungen und erhöhen die Wohnungspreise«

Die rechte Parole: »Ausländer sind krimineller als Deutsche«

Die rechte Parole: »Die Flüchtlinge überfremden Deutschland«

4. WIE FUNKTIONIERT RECHTE KRITIK?

- a.) Die Verwandlung von sozialer Not in Nationalismus
- b.) Das vermisste Ideal als Grund für das Elend:
Es mangelt an Volksgemeinschaft!
- c.) Die rechte Kritik in Vollendung: »Die« haben es nicht verdient!
- d.) Fazit

5. SCHLUSS

6. QUELLEN UND WEITERFÜHRENDE LITERATUR



Besser Menschenrechte
als rechte Menschen.

 Baden-Württemberg

Technisches Schulzentrum Heilbronn
Johann Jakob **Widmann Schule** 
Junge Menschen stärken und Perspektiven eröffnen

2 WARUM ÜBERHAUPT ARGUMENTIEREN

(Nicht nur) gewerkschaftliche Kreise sind oft gespalten, wenn es um die Frage geht, ob gegen rechte Ansichten überhaupt argumentiert werden sollte. Diejenigen Kolleginnen und Kollegen, welche sich gegen das »Argumentieren gegen Rechts« aussprechen, haben dafür Gründe, die hier kurz benannt und besprochen werden sollen:

A.) WER MIT DEN RECHTEN DISKUTIERT, LEGITIMIERT SIE

Es gibt die Vorstellung, dass nur konsequenter Ausschluss von rechten bzw. rechtsradikalen Positionen der richtige Umgang mit diesen sei. Wer sich auf eine Debatte mit den Rechten einlasse, der legitimiere ihre Position bereits.

1.) Bei diesem Argument wird oft verwechselt, ob es sich um eine öffentliche Veranstaltung handelt und um Funktionäre der Rechten, oder aber um eine Diskussion im Betrieb mit KollegInnen, die z. B. mit rechten Parteien oder ihren Positionen sympathisieren. Der DGB hat z. B. für die AfD folgende Empfehlung: »DGB-Funktionär_innen gehen nicht zu Veranstaltungen der AfD. – der DGB lädt die AfD nicht zu eigenen Veranstaltungen ein. – Wenn Dritte die AfD einladen und den DGB, wird mit ihnen diskutiert.«¹

2.) Es ist hier wichtig zu beachten, wie durchgesetzt rechte nationalistische Positionen sind: Bei den letzten Landtagswahlen in Baden-Württemberg fielen 15,1 Prozent der

¹ DGB Bundesvorstand März 2017: Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus. Empfehlungen. Analysen. Informationen. Seite 7

Stimmanteile auf die AfD. Gewerkschaftsmitglieder haben bei dieser Wahl sogar zu 15,7 Prozent die AfD gewählt. Der rechte Nationalismus erfährt also längst Zustimmung aus einem Teil der Gewerkschaftsmitglieder. Will man durch Ausgrenzung der rechten Positionen hierauf reagieren, dann erklärt man breite Teile der Gewerkschaftsmitglieder für »verloren«. Sie werden so aus der (aktiven) Gewerkschaftsarbeit ausgeschlossen, ohne ihre Positionen einer Kritik zu unterziehen. Wir haben nun die Wahl, ob wir uns diesem Trend aktiv entgegenstellen und mit den Kolleginnen und Kollegen diskutieren. Die Alternative wäre ein Widerspruch in sich: Ausgerechnet denjenigen Kolleginnen und Kollegen nicht die Fehler rechter Argumente nachweisen, welche diese einleuchtend finden.

3.) Diese Broschüre will dazu ermuntern, im direkten Gespräch im Betrieb mit den Kolleginnen und Kollegen die Inhalte der rechten Kritik zu besprechen und zu kritisieren. Es geht hierbei nicht um die Vorstellung, dass es jederzeit oder gar bei DGB-Veranstaltungen geboten wäre, Funktionärinnen und Funktionäre rechter Parteien und Strukturen mitsprechen oder gar vorsprechen zu lassen.

Der DGB-Bundesvorstand drückt das so aus: »Die Gewerkschaften sind gefordert, sich in den Kampf gegen die AfD einzubringen. Sie müssen sich argumentativ mit den Kollegen und Kolleginnen auseinandersetzen, die sich dieser Partei zuwenden«²

B.) RECHTE HABEN KEINE ARGUMENTE, ALSO KANN MIT IHNEN NICHT DISKUTIERT WERDEN

Es gibt die Vorstellung, dass Rechte gar keine Argumente haben. Vielmehr wären ihre Wählerinnen und Wähler eine Mischung aus Protestpublikum, »Ewiggestrigen« und Verführten.

1.) Es mag zutreffen, dass viele Wählerinnen und Wähler rechter bzw. rechtsextremer Parteien aus Protest diese Partei wählen. Allerdings muss es einen Grund haben, warum Sie aus Protest ausgerechnet die AfD wählen, und keine andere Partei. Eine Kritik der rechten Argumente darf also nicht eine einzelne Partei als Protestpartei diffamieren, sondern muss erklären, wie genau ein rechter Protest eigentlich aussieht. Nur so können wir Kolleginnen und Kollegen auf die Fehler dieses Protestes hinweisen.

2.) Hätten Rechte wirklich keine Argumente, dann wären sie keine Gefahr für unsere gewerkschaftliche Arbeit. Tatsächlich aber haben die Rechten Argumente, die sich nicht selten gegen die Gewerkschaften richten. Es kommt also darauf an, die Argumente ernst zu nehmen und ihre Fehler aufzudecken, anstatt zu behaupten, die Rechten würden gar nicht argumentieren. Das führt direkt zum nächsten Punkt: Was sind rechte Argumente?

² <http://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/dgb-fachabteilungen/++co++ba1c6288-6df7-11e6-979d-525400e5a74a>

VORURTEILE

ALLE DEUTSCHEN SIND LANGWEILER?

Technisches Schulzentrum Heilbronn
Johann Jakob Widmann Schule
 Jump Menschen stärken und Perspektiven eröffnen

commons.wikimedia.org | Henry Minear | Daniel Riccardo 2011.jpg und David Shankbone | Aziz Anwar 2013 Shamshone.jpg | www.flickr.com | Daniel Zedda | Schützportrat | <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>

WAHRHEIT

IHR SEID DOCH ECHT ALLE GLEICH!

Technisches Schulzentrum Heilbronn
Johann Jakob Widmann Schule
 Jump Menschen stärken und Perspektiven eröffnen

commons.wikimedia.org | Henry Minear | Daniel Riccardo 2011.jpg und David Shankbone | Aziz Anwar 2013 Shamshone.jpg | www.flickr.com | Daniel Zedda | Schützportrat | <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>

3 RECHTE ARGUMENTE UND IHRE KRITIK

I. DIE RECHTE PAROLE:

»AUSLÄNDER NEHMEN UNS DIE ARBEITSPLÄTZE WEG«

a.) Wegnehmen kann ich jemanden wirklich nur etwas, dass er auch besitzt. Wie sieht das nun eigentlich bei einem »Arbeitsplatz« aus? »Besitzen« denn deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz, und kann selbst der entschlossenste Ausländer einem deutschen den Arbeitsplatz »wegnehmen«, wenn er will? Natürlich nicht! Denn der Arbeitgeber entscheidet darüber, wer auf einem Arbeitsplatz sitzt und wer nicht. Das Subjekt jeglicher Entscheidung ist in diesem Falle nämlich das Unternehmen und nicht die Beschäftigten.

b.) Der »Arbeitsplatz« ist also gar kein Ding das man klauen kann, sondern ein Verhältnis zwischen zwei Parteien: Unternehmer/in und Beschäftigte. Warum ein/e Unternehmer/in jemanden einstellt, ist gar kein Geheimnis: Die neue Arbeitskraft soll sich lohnen für das Unternehmen, also unter dem Strich weniger Kosten als er oder sie für das Unternehmen erwirtschaftet. Für die Lohnbezieherin stellt sich die Rechnung genau andersherum dar: Sie lebt von dem, was für die Unternehmensseite »Kosten« sind und was sich für die andere Seite »lohnt«: Das zeitigt all die Wirkungen für Arbeitnehmer/innen, welche diese nur zu gut kennen: Arbeitsverdichtung, (un)bezahlte Überstunden, etc. Genau wegen diesem Widerspruch der Interessen gibt es überhaupt uns als Gewerkschaften!

c.) Wer nun dieser Parole anhängt, der will von diesem Widerspruch gar nichts wissen! Das eine Menge Leute bei dieser Kalkulation der Unternehmer hinten herunterfallen, ist für den

oder die Rechte/n gar nichts Besonderes oder Kritikables: Aber das manche/r Deutsche/r nicht eigestellt wird und dafür ein/e Ausländer/in, wird als unerträglich empfunden. Der/Die Rechte macht also direkt den Übergang, die Konkurrenz der Arbeitnehmer/innen für das normalste der Welt zu erklären, anstatt sich z. B. in einer Gewerkschaft gegen diese Zumutung zu organisieren. Stattdessen kritisiert er andere Arbeitnehmer/innen für nichts anderes als das was er/sie selbst macht und machen muss: Ihre Arbeitskraft auf dem Markt anzubieten. Allein das Mohammed und Ayshe auch arbeiten müssen spricht hier schon gegen sie! Das die rechte Kritik also auf »den Ausländer« kommt, hat gar nichts damit zu tun, was »der Ausländer« hier anders macht: »Der Rechte« weiß schon vorher, dass »der Ausländer« hier nicht her gehört und findet sich ausgerechnet darin bestätigt, dass der gar nichts anders macht als »der Deutsche«! Hieraus erklärt sich dann auch der bekannte Widerspruch das es Ausländern, oder solche, die von Rechten dafür gehalten werden, überhaupt nur falsch machen können: Arbeiten sie, nehmen sie guten Deutschen die Arbeit weg – sind sie Arbeitslos, werden sie als faul denunziert.

d.) Rolf Gloël und Kathrin Gützlaff³ fassen den Fehler dieser rechten Parole so zusammen: »Dass die von Lohn Abhängigen gegen andere konkurrieren (müssen), beruht ja darauf, dass die Konkurrierenden das Gleiche wollen (müssen) wie sie selbst – *Konkurrenz* bedeutet, dass mehrere das Gleiche wollen, aber nicht alle erfolgreich sein können. Die gleiche ökonomische Lage bringt die Lohnabhängigen untereinander in einen Gegensatz. Diesen erklären die auf die Konkurrenz setzenden Lohnarbeiter/innen üblicherweise zu ihrem eigenen, positiven Anliegen und tragen ihn praktisch wie ideologisch gegeneinander aus. Für ihr Interesse dienlicher wäre es aber, sich auf ihre Gemeinsamkeiten zu besinnen: Dass sie gleichermaßen auf Lohn angewiesen sind, dass sie also in der gleichen Lage sind, dass sie die identischen Interessen haben, könnte als Grund dafür begriffen werden, diese Interessen auch gemeinsam, also miteinander statt gegeneinander, zu verfolgen. Wie dies geschehen könnte, müsste dann unter den Lohnabhängigen geklärt werden, die sich von der Befangenheit in der Logik der Konkurrenz befreit haben und gewillt sind, die gemeinsame Interessenslage zur Grundlage für ihre Überlegungen und ihr Handeln zu machen«⁴

e.) Wenn wir so mit unseren Kolleginnen und Kollegen reden, die schon »etwas dran« finden an der Parole von den »arbeitsplatzklauenden Ausländern«, dann haben wir bereits zwei Dinge geleistet: Wir haben den Rassismus widerlegt und sogar gezeigt, warum die gewerkschaftliche Organisation der praktische Gegensatz zum Rassismus ist. Es gibt aber auch Argumente gegen diese Parole, die wir für verkehrt halten. Eines soll hier angesprochen sein:

»Fakt ist, dass Ausländer aus Nicht-EU-Staaten seit 1973 ein Arbeitsverbot haben; nur in

³ Gloël/Gützlaff 2005: Gegen Rechts argumentieren lernen. VSA Verlag

⁴ Seite 120

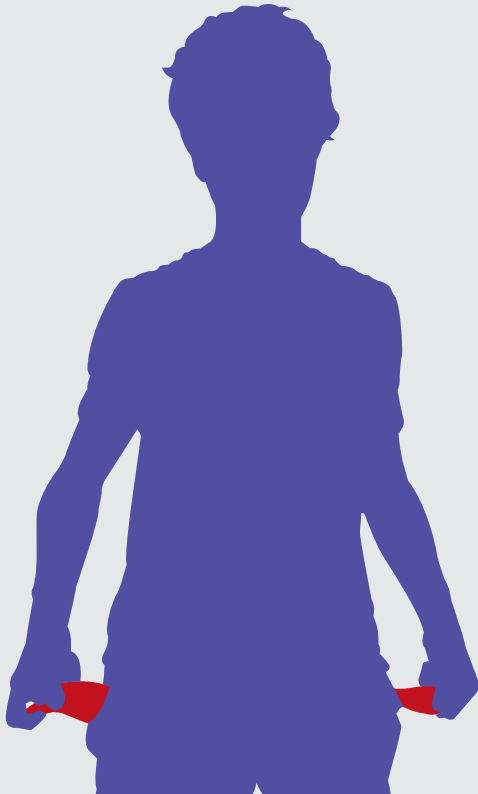
wenigen Ausnahmen ist ihnen eine befristete Tätigkeit gestattet«⁵
Hier wird der Nationalismus der Arbeitnehmer/innen nicht kritisiert und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation nachgewiesen, sondern der Nationalismus der Leute wird bedient! Der Fehler des rassistischen Argumentes wird sogar wiederholt, in der Logik: Wir erlauben den Ausländern doch schon »nur in wenigen Ausnahmen« zu arbeiten. Wer so argumentiert, der kritisiert nicht den Nationalismus, sondern gibt ihm Recht.

II. DIE RECHTE PAROLE: FLÜCHTLINGE VERSCHÄRFEN DIE KONKURRENZ

UM WOHNUNGEN UND ERHÖHEN DIE WOHNUNGSPREISE

a.) Wenn jemand etwas verschärft, scheint es ganz offensichtlich schon vorher da gewesen zu sein. Soviel ist der Parole also allemal zu entnehmen: Das hierzulande aus Wohnen ein Geschäft gemacht wird und damit die Konkurrenz um die Wohnung eröffnet ist, weiß auch ein/e rechter Kritiker/in. Dass es bisweilen in der Konkurrenz mit Notwendigkeit Gewinner/innen und Verlierer/innen gibt steckt auch schon im Wörtchen Konkurrenz. Ganz ohne Flüchtlinge gesteht der rechte Kritiker also ein: Eine Wohnung, erst recht eine, die den eigenen Bedürfnissen und

⁵ Argumente gegen Rechtsextremismus – ein Katalog. Ein Einzelprojekt im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ Seite 15



dem eigenen Geldbeutel gerecht wird, bekommt hier sicher nicht jede/r.

b.) Wie kommt eigentlich der Mietpreis zustande? Wenn nicht nur Anna und Arthur, sondern auch Mohammad und Ayshe eine Wohnung suchen, erhöht sich dann automatisch der Preis? Hierfür braucht es doch allemal ein Subjekt, das durch mehr Nachfrage die Möglichkeit sieht mehr Geld zu verdienen, indem er für sich die gestiegene Konkurrenz ausnutzt. Es ist eben der/die Vermieter/in, die Wohnungspreise erhöhen und die Konkurrenz für sich nutzen. Der Geflüchtete ist erst einmal in der gleichen Situation wie jede/r andere Mieter/in und täte gut daran, sich die Konkurrenz nicht bieten zu lassen. Auch hier wissen wir als Gewerkschaften schon lange, dass die gemeinsame Organisation der Mieterinnen und Mieter das beste Mittel gegen hohe Mietpreise ist – und gemeinsam meint hier: Geflüchtete wie Deutsche zusammen.

c.) Zu wenig Wohnungen gibt es übrigens nicht wegen, sondern für die Geflüchteten. Dass nämlich der Wohnungsmarkt sich lohnen soll ist der Maßstab, an welchem die Wohnungsbaupolitik sich orientiert. Wenn es jetzt an billigem Wohnraum für viele Menschen mangelt, dann liegt die Ursache allemal in der Kalkulation der Vermieterseite und der Politik, dass eine »gesunde« Konkurrenz auch »gute« Preise pro Quadratmeter sichert, und so garantiert, dass sich das Geschäft mit Wohnraum auch lohnt⁶. Die Geflüchteten sind auch hier nicht Subjekt, sondern Objekt der Verhältnisse.

d.) Die Parole ist aber reichlich desinteressiert daran, sich einmal Rechenschaft abzulegen über die Konkurrenz um die Wohnungen und welche »Schärfe« da ganz ohne Geflüchtete vorliegt. Vielmehr ist der ganze Wohnungsmarkt nur Anlass auf eine Gruppe von Leuten zu zeigen, deren Konkurrenz »verschärft« – also unrechtmäßig ist. Die Geflüchteten gehören hier nicht her, also ist ihre Konkurrenz unwillkommen und jeder Mohammad, der eine Wohnung bekommt, ist einer zu viel. Die rechte Kritik hat also gar nichts dagegen, dass es hier GewinnerInnen und VerliererInnen am Wohnungsmarkt gibt, sondern sieht erst dann Handlungsbedarf, wenn ein Flüchtling eine Wohnung hat und »ein Deutscher« nicht. Dass »die« nicht mitmachen dürfen ist also der ganzen Parole vorausgesetzt.

e.) Die Parole findet also nur einleuchtend, wer ganz grundsätzlich unterscheidet in »die« und »wir«. Wenn die Rechten mit einer solchen Parole erfolgreich sind, dann wird klar: Auch ganz jenseits rechter Kreise ist die Vorstellung der »Schicksalsgemeinschaft« (Schäuble) aller Deutschen durchgesetzt. Genau auf diesen sehr durchgesetzten Nationalismus baut der Rassismus

⁶ Ein Artikel aus der Welt ist das beste Anschauungsmaterial dafür, wie man diese Logik einfach umdrehen kann und die Geflüchteten als Betroffene der Mietpreise zu deren Subjekt »erklären« kann: <https://www.welt.de/finanzen/immobilien/article152303694/Wie-die-Fluechtlingskrise-die-Mieten-in-die-Hoehe-treibt.html>

auf. Eine Kritik rechter Argumente sieht sich also damit konfrontiert, dass die Grundlage des Rassismus bereits in der Mitte der Gesellschaft angelegt ist.

III. DIE RECHTE PAROLE:

AUSLÄNDER SIND KRIMINELLER ALS DEUTSCHE

a.) Was soll eigentlich der sachliche Zusammenhang zwischen »Ausländer« und »Kriminalität« sein? Jemand kann einen Diebstahl begehen, weil er/sie kein Geld hat oder weil er/sie für etwas nicht bezahlen will – aber doch nicht, weil er/sie MigrantIn ist. Jemand kann eine Frau vergewaltigen weil er glaubt, dass eine Frau dem Mann zu gehorchen hat – aber doch nicht, weil er Flüchtling ist. Auf die Debatte, ob mehr Sexisten aus Syrien kommen oder mehr Habenichtse aus manchem osteuropäischen Land, sollte man sich dabei gar nicht einlassen, sondern zuerst klarstellen: Der Grund, die Ursache für die Kriminalität kann nicht in der Nationalität liegen!

b.) Die Betonung liegt hier natürlich auf »Ausländer« und nicht auf Kriminalität. Was Kriminalität ist und warum es sie hier gibt, interessiert denjenigen gar nicht, der die Parole vorbringt. Vielmehr soll es gegen den/die MigrantIn sprechen, dass er/sie krimineller ist. Spricht es eigentlich gegen jemanden, kriminell zu sein? Da kommt es doch schon sehr darauf an, was da jemand tut. Gewerkschaften und gewerkschaftliche Aktivitäten sind in vielen Ländern illegal oder halblegal – spricht das eigentlich gegen diese Länder oder gegen die Gewerkschaften?

c.) Es geht also offensichtlich nicht darum, was Kriminalität ist, sondern dass sie von einem »Ausländer« verübt wird. Deswegen wird die Parole oft und gerne ergänzt mit dem passenden Pendant: »Kriminelle Ausländer raus«. Auch hier ist der ganze nationale Standpunkt schon wieder vorausgesetzt. Ein deutscher Krimineller soll seine Strafe bekommen, und ist danach wieder Teil der Gemeinschaft. Der »Ausländer« dagegen war nie Teil der Gemeinschaft, weshalb diese Kriminalität auch ganz anders geahndet wird: Seine Kriminalität wird als nichts anderes genommen denn als Beweis einer Untauglichkeit für die deutsche Gesellschaft.

d.) Gegen diese Parole findet man oft Hinweise wie diesen: »Grundtatsache ist, dass integrierte Ausländer in Deutschland, und sie bilden die überwältigende Mehrheit, nicht öfter mit dem Gesetz in Konflikt kommen als Deutsche⁷«. Hier wird die ganze Verknüpfung von »Ausländer« und »Kriminalität« nicht kritisiert, sondern mitgemacht – ganz so, als könnte es zwischen beidem eine Ursache-Wirkung Beziehung geben und man sei nun beim Prüfen der These auf

⁷ Argumente gegen Rechtsextremismus – ein Katalog. Ein Einzelprojekt im Rahmen des Bundesprogramms »Toleranz fördern – Kompetenz stärken« Seite 17

den Schluss gekommen, dass es (aktuell) nicht zutrifft. So wird das Thema auch nie abgehakt, sondern ist ständig aktuell: 2016/2017 waren unzählige Artikel zu lesen, in welchem immer das gleiche Topoi stand: »Die ersten flächendeckenden Zahlen zur Kriminalität von Zuwanderern zeigen nach Darstellung des Bundesinnenministeriums, dass die Gruppe nicht mehr Straftaten begeht als andere«⁸.

IV. DIE RECHTE PAROLE:

DIE FLÜCHTLINGE ÜBERFREMDEN DEUTSCHLAND

a.) Überfremden klingt, als ob ein Maßstab angelegt worden wäre, nach welchem ein gewisses Maß an Migrant/innen nicht überschritten werden dürfe. Was soll dieser angebliche Maßstab denn sein? Mensch pro Quadratmeter? Ein prozentualer Anteil von Geflüchteten auf die gesamte Bevölkerung? Und selbst wenn: Was wäre dann ein geeignetes Maß? 1%? 5%? 50%? Wie passt die Klage, dass es von »denen« zu viele sind eigentlich zu der Tatsache, dass sich die gleichen Menschen ständig über den »demographischen Wandel« beschweren? Hier wird deutlich, dass es gar nicht um »zu viele« Menschen geht, sondern darum, dass es von »denen« zu viele sind! Die ganze Parole setzt also die Fremdenfeindlichkeit schon voraus mit der sie argumentiert!

⁸ <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-06/bundeskriminalamt-statistik-straftaten-asylbewerber>



b.) Was hat es mit »dem Fremden« eigentlich auf sich, von dem es angeblich ein Über gibt? Haben Rechte etwa Angst vor Fremden an sich? Das nun wirklich nicht! Rechte Menschen kennen wohl kaum nur 1% der Bewohner ihrer Stadt, was sie vom Feiern gehen, einkaufen und durch die Straße laufen aber keinesfalls abhält! Auch als strammer Nationalist kommt man also mit 99% Fremden super zurecht! Auch hier handelt es sich also nicht um Fremdenfeindlichkeit (wie das so gerne genannt wird) sondern um den nationalistischen Standpunkt, der bereits weiß, welche Art von »fremd sein« völlig ok ist und welche Art von »fremd sein« hier nicht hergehört.

c.) Wer also findet, dass Geflüchtete Deutschland überfremden, der hat bereits die Behauptung unterstellt, dass es hier eine Gemeinschaft gäbe, zu der »die« einfach nicht passen. Das ist schon eine beachtliche Leistung: Aus dem Arbeitsstress, der dank den Kalkulationen der Firma droht; aus der schlechten Rente⁹, die im Alter droht; aus dem Mobbing im Geschäft und den Überstunden, die nicht anerkannt werden; aus all dem folgt für den/die Nationalist/in, dass es sich hier um eine Gemeinschaft handelt, die ausgerechnet getrübt wird von Geflüchteten, die hier versuchen zu leben. Alle täglichen Drangsale der Lohnarbeit und all die Auseinandersetzungen mit den Unternehmen, für welche es die Gewerkschaften überhaupt gibt, werden einfach als »deutsche Kultur« verklärt, die ausgerechnet von den Geflüchteten bedroht werden würde.

d.) Zum Beweis von »deren« Andersartigkeit werden dann lauter »Beweise« angeführt, die sich nie mit den Notwendigkeiten beschäftigen, die bei den Geflüchteten und MigrantInnen sowie bei den »Biodutschen« durchaus die gleichen sind: Da geht es um regelmäßigen Gang zu Ämtern für Geld und Unterstützung solange man keine Arbeit hat. Sobald man Arbeit hat besteht das Leben acht Stunden am Tag aus Arbeit. Mit dem Lohn muss dann das Leben bestritten und eine Wohnung finanziert werden. Soweit, so bekannt auch für alle.

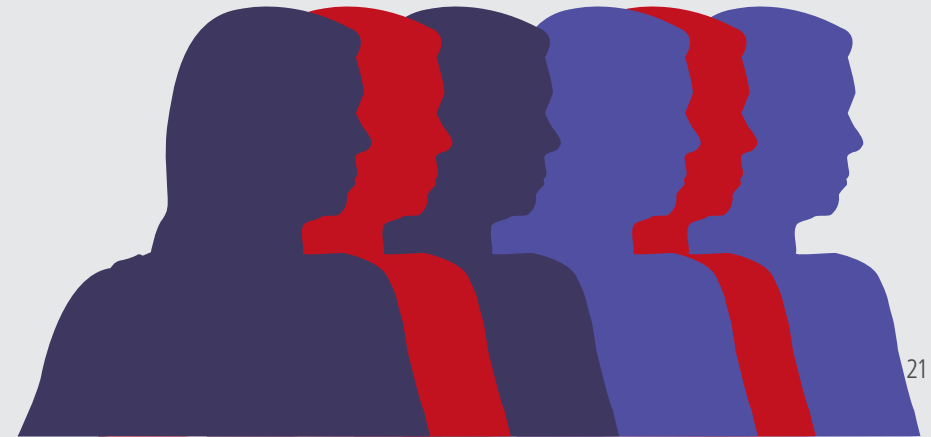
Die Andersartigkeit beginnt dann überhaupt erst in der Freizeit, die bekanntlich nach den ganzen Notwendigkeiten einsetzt: Da sei es geradezu unerträglich, dass der Kollege kein Schwein isst und die Kollegin tatsächlich keinen Sex vor der Ehe habe und beide Freitags zum Beten gehen. Damit leistet die rechte Kritik nicht wenig: Alle Notwendigkeiten die für die Arbeit in einem Unternehmen zu leisten sind werden akzeptiert und dabei ausgerechnet zum Gegenstand der Empörung gemacht, dass der Geflüchtete nach all diesen Notwendigkeiten sein bisschen Freizeit nicht auf die Art gestaltet, wie es sich hier gehört.

P.S: Jede »Entdeckung« von (un)Tugenden undeutscher Art blamiert sich dabei übrigens nicht selten als der hiesigen Bevölkerung gar nicht so unbekannt (un)Sitte: Von der »Frauenverachtung« des Kopftuchs bis zu den »gewaltbereiten Jugendlichen« fällt noch jedem auf, dass es für diese Sorte Freizeitbeschäftigung keine »Fremden« in Deutschland braucht.

⁹ Sie hierzu unsere Forderungen zum Thema „gute Rente“

e.) Unter den gängigen Argumenten gegen die Überfremdung bzw. Islamisierungs-These finden sich zumeist Hinweise auf die geringe Anzahl der MigrantInnen in Deutschland. Manchmal auch Hinweise darauf, welche MigrantInnen so nach Deutschland kommen: »Mehr als drei Viertel, genau 76,8 Prozent der Einwander/innen nach Deutschland, stammen aus der Europäischen Union. Dieser Anteil aus dem neuen Migrationsbericht der Bundesregierung ist ein erster Indikator dafür, was Innenminister Thomas de Maizière danach im Detail erläutert und was die Faktensammlung enthält. Insgesamt kamen im Jahr 2013 gut 1,2 Millionen Zuwanderer/innen nach Deutschland. Das ist die größte Anzahl seit 20 Jahren. Ein Jahr zuvor waren es 1,08 Millionen. Doch findet eine »Islamisierung« statt, wie die Pegida- und Legida-Bewegung in Sachsen vermuten? Nein.«¹⁰ Diese Art des Dementis bestätigt eigentlich nur die Behauptung von der Gemeinschaft, die von außen bedroht werde. Alles, was sie gegen die Unterstellung der Gemeinschaft einzuwenden hat ist der Hinweis darauf, dass die Heimat ja gar nicht überfremdet sei! Man möchte gar nicht wissen, ob dieser Artikel von NTV von 2015 im Jahre 2017 nicht selbst – nach dem ankommen der syrischen Geflüchtete – auf ein anderes Urteil kommen würde...

¹⁰ <http://www.n-tv.de/politik/Islamisierung-Deutschlands-findet-nicht-statt-article14365116.html>



OS SERES HUMANOS Johann Jakob  Technisches Schulzentrum Heilbronn
Widmann Schule
Junge Menschen stärken und Perspektiven eröffnen

인간 İNSANLAR मानव 

GIZAKIOK MENSESKER
XOPATA NJERËT MENSCHEN
ANTHU HOMINID MENSCHEN
HUMANS LIK MENSCHEN
INIMESIA MENSCHEN
TIB NEEM MENSCHEN
MENSE 人間 MENSCHEN
MUTANE LIK MENSCHEN
मनुष्य 人 MENSCHEN
LES HUMAIN MENSCHEN
MANUSIA मनुष्य MENSCHEN
ገሰገሳገሳ MENSCHEN
MOHONG MENSCHEN



WIR SIND ALLE GLEICH. MENSCHEN.

BUNTE REPUBLIK DEUTSCHLAND



Johann Jakob  Technisches Schulzentrum Heilbronn
Widmann Schule
Junge Menschen stärken und Perspektiven eröffnen 

4 WIE FUNKTIONIERT RECHTE KRITIK?

Bis hierher haben wir uns einige einzelnen Argumente der Rechten angeschaut. Im Folgenden soll anhand des Wahlprogramms der AfD entwickelt werden, was rechte Kritik ausmacht. Hierbei steht für uns als Gewerkschaften die Sozialpolitik im Mittelpunkt der Analyse. Inwiefern die hier dargestellte rechte Kritik auch bei anderen Parteien und Organisationen zu finden ist, überlassen wir dem Urteil der aufmerksamen Leserin und dem aufmerksamen Leser.

A.) DIE VERWANDLUNG VON SOZIALER NOT IN NATIONALISMUS

Wie jede andere Kritik, so greift auch die rechte eine Unzufriedenheit mit dem Bestehenden auf. Die AfD als Protestpartei zu begreifen ist also nicht unbedingt verkehrt, aber nicht das Ende, sondern der Anfang einer Erklärung: Dass die Renten zu niedrig sind, die Mieten in vielen Großstädten sich kaum noch jemand leisten kann etc. sind alles Zustände, die der DGB und seine Einzelgewerkschaften ebenfalls kritisiert. Entscheidend ist also nicht einfach nur Protest, sondern die Erklärung dieser Missstände, welche die AfD liefert:

Wesentlich ist ihr dabei die nationalistische Erklärung und Ursachenbestimmung dieser Unzufriedenheit: »Wir geben viel Geld anderen und haben kein Geld für unsere eigenen Renten, für unsere eigenen Kinder, für genügend Kindergartenplätze, das alles kann nicht bezahlt werden. [...] aber Flüchtlinge dürfen es sein so viel wie möglich«¹¹

Das bestimmende Wort in dieser Erklärung ist: »unser«. Herr Gauland macht in diesem Zitat einen Zusammenhang auf zwischen kleinen Renten, wenig Kindergartenplätzen und der Aufnahme von Geflüchteten. Worin dieser Zusammenhang allerdings bestehen soll, sagt er nicht. Geflüchtete werden weder als Ursache von kleinen Renten behauptet, noch wird eine andere Erklärung angeboten. Versprochen ist auch nicht, dass der Staat die Renten erhöht, wenn die Geflüchteten abgeschoben sind.

Dass sich überhaupt um »die« gekümmert wird, wo es doch lauter Elend im eigenen Land gibt, reicht Alexander Gauland genau wie seinem Publikum völlig als Argument aus. Das ganze Argument der rechten Kritik ist: Es kann nicht sein, dass die (Geflüchteten) Geld bekommen, wo es doch lauter Notlagen bei uns (Deutschen) gibt. So liest sich das Ganze dann auch im Wahlprogramm der AfD:

»Die Stabilisierung der Sozialsysteme erfordert bei einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung besondere Anstrengungen. Unsere begrenzten Mittel stehen deshalb nicht für eine unverantwortliche Zuwanderungspolitik, wie sie sich kein anderes europäisches Land zumutet,

11 (AfD-Vize Gauland, Elsterwerda 05.06.16)

zur Verfügung«¹²

Auch hier wird keine Ursache benannt, warum überhaupt die Mittel für die Sozialsysteme gering sind oder diese stabilisiert werden müssen. Den Bürgerinnen und Bürgern wird auch gar nicht versprochen, dass sie bessere oder mehr Sozialleistungen bekommen. Das Angebot ist stattdessen: Die – also die »Flüchtlinge« und »Ausländerinnen« und »Ausländern« – sollen die Gelder nicht bekommen.

Den Bürgerinnen und Bürgern werden nie höhere Löhne, geringere Mieten oder bessere Arbeitsbedingungen versprochen. Es geht immer nur darum, dass »wir« als Deutsche endlich wieder im Mittelpunkt der Politik stehen sollen. Hier muss eine gewerkschaftliche Kritik ansetzen und den so angesprochenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern klar machen, dass es ihnen nichts nutzt, wenn andere Arbeitnehmerinnen weniger bekommen.

Diese nationalistische Position lässt sich im ganzen Programm finden. Ein weiteres Beispiel ist die AfD-Position zur Sozialversicherung:

»Das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen benachteiligt einheimische Versicherte und ist auf der Basis europäischer Sozialversicherungsabkommen neu zu verhandeln. [...] In der Krankenversicherung führt dies zu einer weithin unbekanntem, eindeutigen Besserstellung türkischer Staatsangehöriger gegenüber deutschen Staatsangehörigen.«¹³

Praktischer Tipp: Fragen sie die Kollegin und den Kollegen, die diese nationalistischen Argumente gut finden: Steht hier eigentlich, dass Deutsche mehr Leistungen bekommen sollen im Krankenhaus? Oder geht es um nicht mehr als den Standpunkt, Deutsche sollen mehr bekommen als »der Türke?« Wäre das nicht auch erfüllt, wenn Deutsche weniger bekommen als bisher, aber türkische Mitbürgerinnen und -bürger noch weniger? Ist das im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen, die gerade behandelt werden müssen?

12 Programm für die Wahl zum deutschen Bundestag am 24. September 2017. Leittraktat der Bundesprogrammkommission zum Bundesparteitag am 22./23.04.2017 in Köln 2017: Seite 49

13 [Programm für die Wahl zum deutschen Bundestag am 24. September 2017. Leittraktat der Bundesprogrammkommission zum Bundesparteitag am 22./23.04.2017 in Köln 2017: Seite 55]

B.) DAS VERMISSTE IDEAL ALS GRUND FÜR DAS ELEND: ES MANGELT AN VOLKSGEMEINSCHAFT!

Björn Höcke erklärt dasselbe wie oben dargestellt, wird nun aber methodisch. Er benennt das »wir« und gibt ihm einen Namen: Das Volk. Dabei ist einiges über das Volk zu lernen, was Höcke immer wieder anführt als sein Sorgeobjekt:

»Die Soziale Frage der Gegenwart ist nicht primär die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten, unten nach oben, jung nach alt oder alt nach jung. Die neue deutsche Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen«¹⁴

Vom Volk weiß Höcke offenbar ganz gut, dass es sich in Arme und Reiche scheidet. Wenn er das Vorhandensein einer »sozialen Frage«, ein Oben und Unten in der Gesellschaft benennt, dann bezieht er sich auf eine Gesellschaft, die von lauter ökonomischen und sozialen Gegensätzen bestimmt wird, die wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nur zu gut kennen – aber gleich unter dem Vorzeichen, das sei heute nicht mehr das primäre soziale Problem.

Als nur noch sekundär wichtig, spricht er, ebenso wie Gauland, soziale Gegensätze aber immerhin an – und die verbuchen Leute wie er als Zeichen einer fehlenden oder unterentwickelten Volksgemeinschaft. Nun ist nichts leichter, als angesichts von Konkurrenz und Gegensätzen festzustellen, dass da keine Gemeinschaft und keine gemeinsame Lebensbewältigung vorliegt: Immerhin ist Konkurrenz nichts anderes als der Kampf und der Wettbewerb um den Reichtum der Gesellschaft.

Der Hinweis auf das Fehlen der Gemeinschaft erklärt die aus dieser Konkurrenz folgenden sozialen Notlagen und Gegensätze überhaupt nicht. Nun mag es ja sein, dass es mit Gemeinschaft die angesprochenen Gegensätze nicht gäbe; dennoch kann die nicht vorhandene Gemeinschaft dann nicht der Grund für das Vorhandensein der existierenden Gegensätze sein. Die Rechten denken umgekehrt: Sie gehen vom Gemeinschaftsideal aus und machen der Politik die Abwesenheit dessen, worum es ihnen geht, zum Vorwurf: Die Volksgemeinschaft, die sie eigentlich eben doch als existent und verbindlich unterstellen, werde missachtet, verletzt, zerstört. Und zwar von einer Politik, die ihr Volk ans Ausland verrät: Das Volksvermögen würde einfach an Fremde gegeben.

Darin liegt der Widerspruch der rechten Kritik: Ihr eigener Blick auf die deutsche Gesellschaft zeigt ihnen all die Schäden und die Widersprüche einer Gesellschaft, in der alles und jeder in Konkurrenz gegeneinander steht. Das bringt sie aber nicht davon ab, vom deutschen Volk als einer Gemeinschaft zu sprechen. Vielmehr beginnt hier die rechte Kritik erst viel Entschlossener ihr Ideal einzufordern: Dann muss diese Gemeinschaft endlich bzw. wieder geschaffen werden! So besteht die rechte Kritik an dieser Gesellschaft immer in einer Fehlanzeige: Zu wenig Gemeinschaft. Für diese Gemeinschaft bemüht Höcke in obigem Zitat das in der Politik

¹⁴ Björn Höcke auf Facebook

überhaupt sehr beliebte Bild des Volksvermögens.

Wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wissen dagegen sehr gut, dass höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erkämpft werden müssen. Wenn Arbeitnehmer/innen entlassen werden oder ihre Löhne gesenkt werden, dann liegt das nicht an »Fremden«, sondern an dem Interesse der Arbeitgeber/innen – und die sind bekanntlich auch Deutsche!

Wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter organisieren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, damit diese ihre Interessen durchsetzen können. Damit sind die Gewerkschaften für die Anhänger/innen dieses Volksideals nichts als »Unruhestifter«. Weil die rechte Kritik gerade die mangelnde Volksgemeinschaft einklagt, richten sich die NationalistInnen gegen jede Form der Interessensvertretung, die »nur« partikuläre Interessen in der Gesellschaft vertritt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich also das Programm der AfD zu Eigen machen, kritisieren nicht zuletzt ausgerechnet die Gewerkschaften, die sich für ihre Interessen einsetzen. Sie glauben daran, dass jede/r in der Volksgemeinschaft das bekommt, was ihm oder ihr zusteht – ausgerechnet dann, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich nicht mehr für ihre Interessen stark machen!

C.) DIE RECHTE KRITIK IN VOLLENDUNG: »DIE« HABEN ES NICHT VERDIENT

In Bezug auf das Ausland sind die Gegensätze im Inneren nicht weg, sondern unerheblich: eben »nicht mehr primär!« Björn Höcke will die Gegensätze gar nicht aus der Welt schaffen, sondern verlangt, dass Staat und Bürger – mit Blick aufs Ausland – darüber hinwegsehen. Er redet vom Volksvermögen; solange er ans Inland denkt, müsste er bemerken, dass er da einen Kampf darum vor sich hat, wer sich das *Volksvermögen* bzw. wie viel davon gegen wen aneignen kann. Das Volk als kollektiven Eigentümer seines Vermögens gibt es gar nicht. Es gibt nur Gewerkschaften, die für die Interessen der Lohnabhängigen eintreten, und die Arbeitgeberverbände, welche ihre Interessen vertreten.

Gegen das Ausland wird dieses Volksvermögen nun unter Absehung aller Konkurrenz verteidigt – und alles Elend, das es im Inland gibt, geht darauf zurück, dass eine »internationalistisch gesinnte Regierung« an »Volksfremde verschleudert«, was dem Volk gehört. Höcke hetzt die Verlierer und Verlierinnen der Konkurrenzgesellschaft – mit deren Misserfolgen die Geflüchteten ganz bestimmt nichts zu tun haben, denn die waren ja schon arm, bevor die Geflüchteten »hereingelassen« wurden –, also die Prekarisierten im Land, gegen ihre Armut auf. Aber in einer denkwürdigen Art und Weise. Die sollen nämlich an ihrer Armut eigentlich nichts weiter empörend finden, als die Tatsache, dass Geflüchtete von der Regierung betreut werden, während »Deutsche« arm sind!

Diese Kritik gilt damit nicht der Armut selbst, denn diese ist nur ein Beleg dafür, dass die Politik »ihr Volk« längst verraten hat. Nur negativ, ausgrenzend gegen diejenigen, die nicht dazugehören, erhält diese Gemeinschaft so etwas wie eine positive Beglaubigung: Das Fernhalten oder wenigstens die sichtbare Schlechterbehandlung von Ausländern sind essentiell; das ist für die Rechten der Prüfstein, ob der Staat seinem Volk dient und sich seiner Aufgabe als Schutzmacht seines Volkes annimmt. Die Wichtigkeit der Ausgrenzung geht in diesem politischen Weltbild weit hinaus über die staatsrechtliche Scheidung in In- und Ausländer und die staatliche Kalkulation mit ihr.

5 SCHLUSS

a.) Wir halten es für notwendig, dem Rechtsruck in Europa eine fundierte Kritik des Nationalismus entgegen zu halten. Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wollen wir unseren Mitgliedern zeigen, dass die Argumente der Rechten falsch sind, und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Ende nur sich selber schaden, wenn sie sich nicht gemeinsam organisieren, sondern nach ihren Nationen, Kulturen und Religionen gegeneinander ausspielen lassen. Deshalb halten wir es für notwendig, mit Sympathisantinnen und Sympathisanten rechter und rechtsextremer Parteien ins Gespräch zu kommen. Wir hoffen, diese Broschüre unterstützt euch bei dieser schwierigen aber notwendigen Arbeit.

b.) Dafür ist es wichtig sich zuerst einmal verständlich zu machen, wie rechte Kritik überhaupt funktioniert. Rechte Nationalist/innen sehen immer die Gemeinschaft »der Deutschen« bedroht von außen und jeden Interessenskonflikt dieser Gesellschaft erklären sie sich mit fremden Einfluss oder politischen AbweichlerInnen. Verkehrt ist diese Einstellung, weil es die Identität zwischen den Interessen der deutschen Bürgerinnen und Bürger miteinander nicht gibt. In der Konkurrenz der Marktwirtschaft sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht Teilhaber oder Teilhaberinnen an einer gemeinsamen Daseinsbewältigung, sondern Kostenfaktor einer Wirtschaft, die ihren Erfolg im Gewinn der Kapitaleigner/innen misst und keineswegs in hohen Löhnen und kurzen Arbeitstagen. Der Lohn, von dem die abhängig Beschäftigten leben, ist die negative Größe des Wirtschaftserfolgs; er muss sich als lohnender Kapitalaufwand in der Rechnung derer rechtfertigen, die nicht arbeiten, sondern arbeiten lassen. Dabei ist das Interesse des der Unternehmen nicht nur ein Privatinteresse neben anderen. Weil alle Interessen und Einkommen, einschließlich der Arbeitsplätze und des Steueraufkommens, und damit auch die Macht und Handlungsfreiheit des Staates vom Erfolg der großen Unternehmen abhängen, sind alle von diesem »Wachstum« abhängig.

Diese Abhängigkeit übersetzen rechte Kritiker fälschlicherweise in die angebliche Gemeinsamkeit. Und so werden alle Interessengegensätze, die vorher bekannt werden, zu Fremdeinflüssen erklärt, die eigentlich gar nicht zu dieser Gesellschaft und ihrer Wirtschaft passen würden.

c.) Ausgerüstet mit diesem Weltbild sehen nun Rechte überall Fremde und Verräter/innen am Werke, die hier nicht hergehören: Da nehmen »uns« »Ausländer« die Arbeitsplätze weg, Geflüchtete verschärfen die Wohnungsnot, sind krimineller als »wir« und »überfremden« Deutschland. Hier hat die Broschüre die einzelnen Fehler aufgeschlüsselt, die den Parolen zugrundeliegend, und versucht dies immer wieder auf den Grundfehler rechter Kritik zurück zu führen. Zum Ende wird dann zumeist ein Argument gegen Rechts genannt, welches wir nicht

D.) FAZIT

a.) Rechte Kritik beginnt also, wo alle Kritik beginnt: Bei der Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen. Rechts wird diese Kritik durch ihre Ursachenbestimmung: Zu wenig Volksgemeinschaft! All die Ergebnisse von freier Marktwirtschaft, Profitstreben, von Politik gegen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden von den Rechten umgedeutet in die Ergebnisse von zu wenig Gemeinschaft! So bieten sie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch gar nicht an, bessere Löhne oder Arbeitsbedingungen zu bekommen – sie bieten auch keine billigeren Mieten oder eine bessere Krankenversicherung. Das Angebot der politischen Rechten besteht vielmehr darin, dass jeder und jede das bekommt, was ihm oder ihr zusteht. Und das drückt sich vor allem negativ aus: Wer hier nicht hergehört – MigrantInnen, Geflüchtete, etc. – dem steht auch nichts zu!

b.) Aber auch deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kommen bei diesem Programm nicht gut weg. Statt sich für ihre Interessen in Gewerkschaften einzusetzen sollen sie einem starken Staat unter Führung einer rechten Partei vertrauen, damit sie bekommen, was sie verdienen. Das ist aber etwas ganz anderes, als eine Arbeitnehmerin und ein Arbeitnehmer so braucht! Dafür nur ein kleines Beispiel: Der nationalistische Blick findet, es steht zuerst einem/einer Deutschen zu, sich auf Arbeitsplätze und Wohnungen zu bewerben – das ist es, was er verdient hat. Aber ist denn die Wohnung und der Arbeitsplatz mit der exklusiven deutschen Bewerberschaft bereits sicher? Nein, natürlich nicht!

c.) Das also macht rechte Kritik aus: Die Übersetzung der sozialen Not in ein nationales Weltbild. Diese Grundlage ist wichtig, um die konkreten rechten Parolen, welche uns im Alltag begegnen zu verstehen und richtig zu kritisieren. Wie wichtig dieser Abschnitt ist, wird besonders deutlich an unserer gewerkschaftlichen Kritik an so manchem gängigen Argument gegen Rechts, welche wir ebenfalls hier behandeln.

sehr gelungen finden – um zu zeigen, dass dieser Grundfehler der rechten Kritik manchmal leider auch von den KritikerInnen der Rechten mitgemacht wird.

d.) Wir hoffen, dass euch diese Broschüre in eurer täglichen Arbeit als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nützt, um gegen rechte, nationalistische Argumente gerüstet zu sein, und den Kolleginnen und Kollegen klar zu machen, dass Sie sich mit diesem Weltbild am Ende nur selbst schaden.

IMPRESSUM

DGB-Region Nordwürttemberg
Willi-Bleicher Str. 20
70174 Stuttgart
Telefon: 0711 2028 - 235, Telefax: 0711 2028 - 233
E-Mail: stuttgart (at) dgb.de

VERANTWORTLICH

Bernhard Löffler, DGB-Regionsgeschäftsführer Nordwürttemberg
Presserechtlich verantwortlich
Bernhard Löffler, DGB-Regionsgeschäftsführer Nordwürttemberg
Redaktion
Peter Schadt, Gewerkschaftssekretär

BILDMATERIAL

IG Metall Stuttgart
Jörg Munder, DGB
Lena Hofhansl

LAYOUT

Lena Hofhansl

5 QUELLEN UND WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Fremdenfeindliche Haltungen. Kampf um die Köpfe. In: Magazin Mitbestimmung Ausgabe 01/2016
- So haben Gewerkschaftsmitglieder gewählt. In: Einblick 21.03.2016 (Grafiken auf den Folien 6 und 7)
- Strategien gegen den Rechtspopulismus. Der AfD Paroli bieten! In: <http://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/dgb-fachabteilungen/++co++ba1c6288-6df7-11e6-979d-525400e5a74a> vom 31.08.2016
- [Programm für die Wahl zum deutschen Bundestag am 24. September 2017. Leitantrag der Bundesprogrammkommission zum Bundesparteitag am 22./23.04.2017 in Köln]
- Björn Höckes Facebook Account am 1. Mai 2016: <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/posts/1698077077100238>
- Wolfgang Benz, Argumente gegen rechtsextreme Vorurteile. In: Bundeszentrale für politische Bildung
- Argumente gegen Rechtsextremismus – ein Katalog. Ein Einzelprojekt im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ #
- Argumente gegen Rechts. In: <https://gruene-jugend.de/argumente-gegen-rechts/>
- Rolf Gloël und Kathrin Gützlaff 2005: Gegen Rechts argumentieren lernen. Hamburg: VSA Verlag (sehr zu empfehlen)

HIER KNICKEN

RASSISMUS KANNST DU KNICKEN